

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Amt Elsfleth. 1871-1933 1931

127 (24.10.1931)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-887607](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-887607)

Nachrichten

für Stadt und Amt Elsfleth

Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirt. Druck und Verlag von E. Zirt.



Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vormittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konkursverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Der Bezugspreis beträgt mit der Beilage „Heimat und Welt“ für den Monat 1.10 RM ausschließlich Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die einpaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., auswärts 20 Pfg., Reklamezeile 50 Pfg. Schließjahr 17

Nr. 127 Elsfleth, Sonnabend, den 24. Oktober 1931

Chronik des Tages.

— Reichspräsident von Hindenburg wird am Montag in öffentlichen Außenminister Grandi empfangen.
— Von zukünftiger preussischer Stelle werden die von der Zeitung gebrachten Meldungen über eine neue Gesetzgebung in Preußen demittiert.
— Der Preussische Landtag lehnte die Mißtrauens-erträge der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten dem Staatsministerium ab mit 225 gegen 195 Stimmen.
— Der französische Ministerpräsident Laval traf nach einer vierstündigen Überfahrt gegen 3 Uhr morgens in Neuport ein und trat dann in den Mittagsstunden die Weiterfahrt nach Washington an.
— Auf der Feste Rabod wurden zwei Bergleute von Morgenlicht von herabstürzenden Gesteinsmassen erlöset.
— Im Prozeß wegen des Säuglingssterbens in Lübeck wurde Beweiserhebung über einen verurteilten Galmette-Fall in Bulgarien gestellt. In Bulgarien sollen etwa 90 Kinder verstorben sein.
— In der tschechischen Ortschaft Miani Slavov brach Großfeuer aus, dem 55 Wohngebäude mit Scheunen und Ställen zum Opfer fielen. Bei dem Feuer kam auch ein Kind um. Etwa 80 Familien sind obdachlos.
— Der polnische Metallarbeiterverband hat auf Grund des Beschlusses des Vorstandes zum Generalstreik aufgerufen.

Wirtschaftsbeirat ernannt.

Am 29. Oktober Eröffnungssitzung. — Unter Vorsitz Hindenburgs.
— Berlin, 22. Oktober.
Auf Vorschlag des Reichsanzlers hat Reichspräsident von Hindenburg nunmehr die Mitglieder des Wirtschaftsbeirats ernannt. Zweck dieses Beirats ist die Lösung der dringlichsten Fragen in der Gestaltung der deutschen Wirtschaft und Sozialpolitik. Gleichzeitig mit der Ernennung hat der Reichspräsident die Mitglieder des Wirtschaftsbeirats zu einer gemeinsamen Sitzung mit der Reichsregierung am Donnerstag, den 29. Oktober, in sein Haus eingeladen. An dieser Sitzung werden auch Reichsstaatspräsident Dr. Cuhler und der Generaldirektor der Reichsbahn, Dr. Bernward, teilnehmen. In der Eröffnungssitzung wird Reichspräsident von Hindenburg den Vorsitz führen.
Ernannt zu Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats wurden folgende Persönlichkeiten:

Geh. Kommerzienrat Dr. Ernst von Borjig, Berlin; Dr. Brandes, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsvereins, Königsberg; Reichsanwalt Dr. Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hapag, Hamburg; Gewerkschaftssekretär Wilhelm Eggert, Berlin; Gewerkschaftsleiter Peter Graßmann, Berlin; Maurer- und Zimmermeister Robert Groß, Königsberg; Dr. Kaufmann Dr. Bernhard Grund, Präsident der Handelskammer Breslau; Kaufmann Dr. Albert Hagedorn, Berlin; Papierfabrikant Georg Haindl, Augsburg; Wagenmeister Wilhelm Hecker, Präsident der Handelskammer Düsseldorf; Gutsbesitzer Dr. Holtmeier, Lienen; Dr. Josef Jahn, Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin; Kaufmann Louis Körner, Berlin; Vorkaufsstellenleiter von Oden, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg; Bernhard Otto, Vorsitzender des Gesamtvorstandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin; Direktor Dr. Rob. Pferdmenges, Köln; Rädermeister Ernst Pilgmaier, Magdeburg; Direktor der Commerz- und Privatbank Friedrich Reinhardt, Charlottenburg; Max Rößiger, Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin; Dr. jur. Schmiff, Generaldirektor der Allianz und Stuttgart; Verein U.-G., Berlin; Geh. Kommerzienrat Dr. Hermann Schmitz, Vorstandsmitglied der J. G. Farbenindustrie A.-G., Berlin; Dr. Paul Silberberg, Köln; Otto Sühr, Vorstandsmitglied des Allgemeinen freien Angestelltenbundes, Berlin; Generaldirektor Dr. Albert Böger, Dortmund; Fabrikdirektor Willy Wiltke, Dresden.

Wie sich aus der Zusammenlegung des Wirtschaftsbeirats ergibt, ist darauf Rücksicht genommen, möglichst alle Kreise der deutschen Volkswirtschaft und alle Landes- und Berufsgruppen zu berücksichtigen. Eine Erweiterung der Mitgliederzahl würde die Aktionsfähigkeit des Beirats gefährden. Landwirtschaft, Landwirtschaft, Handel, Handwerk und Kleinindustrie, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind durch Persönlichkeiten vertreten, die Gewähr dafür bieten, daß neben den eigenen gemeinsamen Interessen der gesamten Volkswirtschaft auch die Interessen der einzelnen Berufsstände und Wirtschaftsgebiete gleichwertig und mit gleichem Nachdruck vertreten werden.

Die Bedeutung des Wirtschaftsbeirats.

Nach Auffassung amtlicher Stellen kommt dem Wirtschaftsbeirat außerordentliche Bedeutung zu, wie es sich daraus ergibt, daß Reichspräsident von Hindenburg nicht nur die Ernennungen vollzogen, sondern auch die Einladungen hat ergehen lassen, unter Übernahme des Vorsitzes. Derartige Sitzungen unter dem Vorsitz des Reichs-

präsidenten, die man zu dem Kronrat der Vorkriegszeit in Parallele stellen kann, sind jedoch äußerst selten.

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Kanzler die Initiative während der Dauer der Beratungen nicht aus der Hand geben will. Was die Größe des Wirtschaftsbeirats betrifft, dürfte ein Ausgleich darin gefunden werden, daß man die praktische Arbeit gleich nach den ersten Sitzungen in besonderen Sachausschüssen behandelt, die der Vollkonferenz entsprechende Vorschläge zu machen haben.

Parade zu Ehren Lavals.

Die Ankunft in Neuport. — Ansprache Lavals. — „Wiederherstellung der Ruhe und des Gleichgewichts.“ — Neuport, 23. Oktober.

Der Djeandampfer „Isle de France“ hat nach einer Fahrt durch stürmisch bewegte See 3 Uhr morgens amerikanischer Zeit den Hafen Neuport erreicht. Der Beginn des offiziellen Empfangsprogramms war auf 8 Uhr amerikanischer Zeit angesetzt. Bis dahin verblieb Ministerpräsident Laval auf dem Dampfer.

Kurz vor der Ankunft des Schiffes in Neuport sandte Präsident Hoover ein Telegramm an Laval, in dem es hieß:

„Während Sie sich den Gestirnen Amerikas nähern, habe ich das große Vergnügen, Ihnen das herzlichste Willkommen Amerikas in meinem eigenen Namen und dem meiner Landsleute auszudrücken.“ Laval erwiderte das Telegramm von Bord der „Isle de France“ und führte dabei aus, er hoffe eifrig, daß sein Besuch in Washington die Zusammenarbeit Frankreichs und Amerikas für das Heil der Welt stärken werde.

Als Ministerpräsident Laval das Schiff verließ, hatten sich in den Straßen Tausende und aber Tausende gesammelt, die Zeuge der Ankunft der Franzosen sein wollten; auch die Fenster der Hochhäuser waren sämtlich von Schaulustigen besetzt. Auf dem Broadway gab es ein prächtiges militärisches Schauspiel. Abteilungen des Heeres und der Marine waren mit klingendem Spiel aufmarschiert, und Laval militärische Ehren zu erweisen. Am Landungssteig hatte Staatssekretär Stimson zur Begrüßung Aufstellung genommen. Als das Boot, das den Ministerpräsidenten Frankreichs an Land brachte, sich näherte, feuerte eine Batterie elf Salutschiffe ab.

Besser hätte wohl nicht illustriert werden können, daß der französische Ministerpräsident, dessen Beauftragte vor einigen Jahren noch als Bittsteller kamen, um ein günstiges Schuldenabkommen bemüht, diesmal als ebenbürtiger Partner mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten verhandeln wird!

Nach der Landung am Battery Place wurde Laval unter begeisterten Zurufen der tausendköpfigen Menge nach der City-Hall geleitet, wo er von Bürgermeister Walter im Namen der Stadt Neuport feierlich bewillkommen wurde. Laval führte in französischer Antwortrede aus, er komme von einem Lande, das entschlossen sei, mit Amerika zur Wiederherstellung der Prosperität zusammenzuarbeiten. Eine schwere Krise sei hereingebrochen, welche die Entwicklung Amerikas und der anderen Länder unterbrochen habe. In einer vom Zweifel zerfetzten Welt müßten die beiden großen Demokratien zusammen Metboden suchen und anwenden, die die Ruhe und das Gleichgewicht wieder herstellen werden.

Die Verschuldung der Gemeinden

Der Gesamtbetrag der kurzfristigen Schulden auf 1,7 Milliarden Mark geschätzt.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, sind die Ermittlungen über die Berechnung der kurzfristigen Verschuldung der öffentlichen Hand noch nicht zum Abschluß gekommen. Besonders schwierig ist die Errechnung bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden.

Nach den bisherigen Schätzungen beträgt die kurzfristige Verschuldung der Gemeinden einschließlich der kurzfristigen Kassenkredite ungefähr 1,5—1,7 Milliarden Mark.

Zu der Hilfsaktion für die Gemeinden wird mitgeteilt, wenn das Reich den Gemeinden insgesamt 230 Millionen Mark bereitstelle, um die Wohlfahrtsverbände in den Gemeinden zu unterstützen, dann könne man nicht sagen, daß diese Unterstützung auf der anderen Seite durch neue Belastungen wettgemacht würde. Für diese neuentstehenden Posten und für die ausfallenden Länderüberweisungen seien den Gemeinden andererseits die nie bisher aus der Hausgutssteuer entnommenen Beträge für den Wohnungsbau freigestellt worden.

Bei der gegenwärtigen angespannten Lage unserer Finanzen könne nach Auffassung des Reichsfinanzministeriums auf keinen Fall davon gesprochen werden, daß alle Sparmöglichkeiten erschöpft seien. Es würden sich zweifellos bei eingehender Nachprüfung noch weitere Sparmöglichkeiten finden lassen.

Laval in Washington.

Das Verhandlungsprogramm. — Die Grenzen des amerikanischen Entgegenkommens.

Nach einem ansehend reichlichen Austausch von Depeschen und Begrüßungstelegrammen ist der französische Ministerpräsident Laval gegen 3 Uhr morgens amerikanischer Zeit mit der „Isle de France“ in Neuport eingetroffen. Da diese frühe Morgenfunde feierlichen Empfängens, wie sie Laval zugehört waren, wenig günstig war, vertagte man die offizielle Begrüßung um fünf Stunden und holte dann alles nach.

Die Augen der Welt sind nun für einige Tage auf Amerika gerichtet. Wichtige Fragen stehen zur Debatte: die Probleme der Sicherheit und Abrüstung — wobei freilich die wirkliche Problematik der europäischen Sicherheit in Frankreich noch das geringste Verständnis gefunden hat —, die Zukunft der interalliierten Kriegsschulden und der deutschen Tribute, und schließlich können die Geschäftsführer der beiden gefährlichsten Länder in der jetzigen Situation auch nicht an die Währungsstrife vorbeigehen.

Die Bedeutung dieser Fragen, von deren rechtzeitiger Lösung es abhängt, ob die europäische Wirtschaft und der darin tätige Mensch noch einmal bessere Tage erleben wird, rechtfertigt die Aufmerksamkeit, mit der auch die bei den Besprechungen in Washington nicht vertretenen Länder wie Deutschland, England und Italien die Aussprache des amerikanischen Präsidenten mit dem Chef der französischen Regierung verfolgen.

Hinsichtlich der Einschätzung der Aussprache Lavals mit Hoover kann man der Londoner „Times“ darin bestimmen, daß die Bedeutung dieser Begegnung dadurch nicht gemindert wird, daß endgültige Entscheidungen kaum sofort fällen werden. „Von beiden Seiten“, so führt die „Times“ dann fort, „ist verstanden worden, daß es sich nur um einen Meinungsaustausch handelt. Über dieser Meinungsaustausch soll ausführlich und freimütig sein. Im Gegenlag zu den Londoner Besprechungen im Juli und den Berliner Besprechungen im September, wo alles erörtert wurde, nur nicht die allerwichtigsten Fragen, wird diesmal die Erörterung nicht eingeschränkt werden.“

Diese Gewißheit ist außerordentlich ermutigend. Reparationen, Kriegsschulden, Abrüstung, die Bedeutung des Kellogg-Pattes und die französische Sicherheit werden behauptet werden und den Führern der beiden Staaten, die gegenwärtig am besten in der Lage sind, allen anderen voranzugehen. Das besondere Interesse, mit dem die britische Regierung den Washingtoner Besprechungen folgen wird, geht aus dem Pariser Besuch Lord Reading vor 14 Tagen und seiner anschließenden Besuche bei der Abfahrt Lavals und aus der bescheidenen Rückkehr des britischen Botschafters in Washington auf seinen Posten hervor.

„Times“ verbreitet sich sodann darüber, daß Frankreich von dem wirtschaftlichen Glanz, das in Deutschland und den anderen vormals feindlichen Staaten am größten sei, verhältnismäßig unberührt geblieben sei, daß aber Frankreich und die Vereinigten Staaten jetzt auch anfangen, ernste Nachteile infolge der allgemeinen Depression zu erleiden. Das Blatt glaubt, die wichtigste Rolle bei den politischen Erörterungen werde die Frage bilden, welche Haltung die Vereinigten Staaten im Kriegsfall gegenüber dem Angreifer einnehmen würden, bei den wirtschaftlichen Erörterungen dagegen die Frage Annullierung oder eines weiteren Aufschubs der Kriegsschuldenzahlungen.

Bisher haben alle Regierungen der Vereinigten Staaten jede Hineinziehung in europäische Angelegenheiten abgelehnt und in Konsequenz dieser Haltung seinerzeit auch den von Clemenceau propagierten Garantievertrag für Frankreich abgelehnt. Wenn jetzt Laval mit seinem Gedanken des Konfultativvertrags in Amerika auch nur einigen Anklang finden sollte, dann würde das eine völlige Umkehr der Vereinigten Staaten von der Politik der letzten zwölf Jahre bedeuten. Denn was verdrängt sich unter dem sogenannten Konfultativvertrag? Doch nichts anderes als die Verpflichtung der Vereinigten Staaten, im Interesse der Beruhigung Frankreichs im Kriegsfall mit Paris Fühlung zu nehmen und an Repressalien gegen den „Friedensstörer“ teilzunehmen.

Angehts dieser weitgehenden Konsequenz dürfte die amerikanische Nachrichtenagentur Associated Press gut beraten gewesen sein, wenn sie Laval mit der Feststellung empfing, die Vereinigten Staaten seien nicht in der Lage, Verpflichtungen hinsichtlich der Sicherheit Frankreichs zu machen, und wenn sie ferner dann zum Ausdruck brachte, daß die Sanierung der Weltwirtschaft die einzige Grundlage der Besprechungen bilden muß. Eine andere Haltung wäre nicht nur unverständlich — da ja der Kongreß sich kaum zu einer Garantieleistung bereitfinden würde — sondern auch unlogisch, da ja die Sicherheit in Europa nicht von juristischen Formeln und amerikanischen Verpflichtungen abhängt, sondern lediglich davon, daß die europäischen Staaten durch eine Politik der Gerechtigkeit und der Befriedigung selbst den Weg zum wirklichen Frieden finden!

